

# LOCOMOTIVE.

Zeitung für politische Bildung des Volkes.

Erscheint täglich mit Ausnahme der  
Sonn- und Feiertage.

Monatspreis: hier incl. Botenlohn 7½ Sgr.

Redacteur: **Seld.**

Bei allen Postämtern und Buchhandlungen  
vierteljährlich 22½ Sgr. franco.

Insertionsgebühr 1½ Sgr. pro Petitzeile.

## Deutsches Reich in spe.

Berlin. Das Staats-Ministerium entspricht den Erwartungen, welche man von demselben so vielfach gehegt hatte, in keiner Weise, sei es nun, daß es ihm an der nöthigen Fähigkeit fehlt, um den allerdings schwierigen Standpunkt auszufüllen, den es einnimmt, oder sei es, daß ihm der gute Willen mangelt, den großartigen Bedürfnissen der Gegenwart zufriedenstellend entgegen zu kommen. Es ist daher nur eine natürliche Folge der halben und verfehlten Maßregeln, mit denen das Ministerium von Zeit zu Zeit aus seiner unheimlichen Stille hervortritt, daß das Vertrauen, welches die aus dem Volke hervorgegangenen Minister anfangs fast allgemein besaßen, immer mehr und mehr dahin schwindet und bei einem großen Theile der Bevölkerung einem Mißtrauen Platz gemacht hat, von welchem freilich die amtlichen Berichte der Herren Landräthe nichts enthalten mögen, welches aber dessen ungeachtet als un-leugbare Thatsache dasteht. — Wenngleich das Staats-Ministerium in einem wahrscheinlich aus seiner Feder gestoffenen Artikel, der sich in einer der letzten Nummern des Staats-Anzeigers befindet, sich damit zu rechtfertigen sucht, daß gewisse Maßregeln während ihrer Vorbereitung der sie betreffenden Nation ein Geheimniß bleiben müßten, und erst als vollendete Thatsache fix und fertig der Oeffentlichkeit übergeben werden könnten, so sind wir dennoch ganz entgegengesetzter Meinung. Das Staats-Ministerium hat aufgehört, ein geheimes Staats-Ministerium zu sein, wie denn auch die Staatsbehörden, in Anerkennung dieses Grundsatzes, sich nicht mehr der Adresse „an den Geh. Staats-Minister N. N.“, sondern der richtigeren „an den Staats-Minister N. N.“ bedienen. — Nur Maßregeln und Ergebnisse, die sich auf das Ausland beziehen, können der Natur der Sache nach nicht eher zur öffentlichen Mittheilung gelangen, als bis sie vom Auslande ihre Bestätigung erhalten haben, weil der Gang der Unterhandlungen durch voreilige Veröffentlichung leicht gefährdet werden dürfte. — Etwas ganz Anderes ist es, wenn die Rede ist von inneren Maßregeln, die sich auf die Wohlfahrt eines Volkes unmittelbar beziehen. Die Völker sind heutzutage mündig und haben daher da mitzusprechen, wo es sich um ihr Wohl und Wehe handelt. Wir müssen es daher als eine der heiligsten Pflicht-

ten des Staats-Ministeriums betrachten, daß es Maßregeln, die mehr oder weniger das Interesse des Volkes angehen, vor deren Ausführung dem Urtheile desselben, der freien Besprechung durch die freie Presse unterwirft. Nur wenn auf diese Weise eine Maßregel von allen Seiten beleuchtet ist, wird es dem Ministerium möglich sein, über die Zweckmäßigkeit dieser Maßregel vollständige Gewißheit zu erlangen. — Hätte das Staats-Ministerium diese Pflicht erfüllt, so würde es sich vor halben und einseitigen, höchst un Zweckmäßigen Maßregeln bewahrt und gleichzeitig sich die Scham erspart haben, schlecht durchdachte Maßregeln zurücknehmen zu müssen. Man wirft derjenigen Partei, die durch Demonstrationen ihre angebliche Absicht nicht erreicht hat, vor, daß sie sich blamirt habe. Mit noch mehr Recht aber können wir unserem Staats-Ministerium denselben Vorwurf machen. Oder heißt es etwa nicht sich blamiren, wenn man Abgeordnete nach Frankfurt schickt, die man so schleunig als möglich wieder abberufen muß? Ist das keine Blamage? — Hätte man der öffentlichen Stimme Gehör geschenkt, so wäre der Weisheit des hohen Ministerii diese Blamage erspart worden. Das hohe Ministerium schickte den General v. Willisen als Commissarius nach Posen, sah sich aber genöthigt, denselben nach kurzer Zeit abzurufen und in seine Stelle den General von Pfuell treten zu lassen. Gleichwohl erklärt das Staats-Ministerium öffentlich, daß es mit der Handlungsweise des Generals v. Willisen vollkommen einverstanden sei. Hierin liegt ein sehr grober Widerspruch. Handelte Herr v. Willisen im Einverständnis und nach dem Willen des Ministerii, so war aller Grund vorhanden, denselben im Posenschen zu lassen. Einen Commissarius, der ganz im Sinne des Ministeriums handelt, ruft ein verständiges Ministerium mitten in der Ausführung des Commissoriums nicht zurück. Gleichwohl sah das Ministerium sich genöthigt, es dennoch zu thun. Hinterher aber erhält Herr v. Willisen ein Belobigungsschreiben, ein gutes Abgangszeugniß. Herr v. Pfuell, sein Nachfolger, handelt gerade in entgegengesetzter Weise, wie sein Herr Amtsvorgänger. Handelt derselbe nun auch im Sinne des Staats-Ministerii oder handelt er nach seinem eigenen Gutdünken? Wird auch er ein Belobigungs-Schreiben erhalten? Liegt hierin nicht Widerspruch auf Widerspruch? Ist das keine Blamage?



Wir können daher dem Ministerium in seinem eigenen Interesse nur rathen, den eingeschlagenen unrichtigen Weg je eher je lieber zu verlassen und nicht nur Vertrauen zu verlangen, sondern auch selbst zu üben. Das Volk schenkt auf die Dauer nur Demjenigen sein Vertrauen, von dem es wiederum Vertrauen erfährt. Durch Mißtrauen erwirbt man nicht Vertrauen. Hätte das Ministerium nicht dem Volke mißtrauen zu müssen geglaubt, so hätte es in der berüchtigten Zurückberufungsfrage erst die Meinung des Volkes durch die Stimme der National-Versammlung gehört, ehe es handelte. Entschied sich die National-Versammlung für dieselbe, so konnte mit Hülfe der Eisenbahnen der Prinz in sehr kurzer Frist hier sein und alle Aufregung, aller Zwiespalt, die so störenden Einfluß auf die staatliche Entwicklung ausüben, wären vermieden worden. Selbst Diejenigen, welche so sehr für die Zurückberufung als solche sind, müssen die Art und Weise, wie dieselbe bewirkt worden, als verfehlt und unpassend bezeichnen.

Am 20. März bekamen sämtliche Beamten bei allen Ministerien den vom Minister v. Arnim ausgegangenen Befehl, sich an der Bürgerbewaffnung ohne Ausnahme zu betheiligen, während schon nach einigen Tagen, als die Herren Minister sich bereits mehr in der Hofluft bewegt hatten, der Befehl zurückgenommen und jedem Beamten nach eigenem Belieben anheimgestellt wurde, ob er der Bürgerwehr beitreten wolle oder nicht; und jetzt vermerken es die Herren Bureau-Chefs, die nichts mehr bedauern, als daß das alte Willkürlichkeits-System begraben ist, sehr übel, wenn die ihnen untergebenen Beamten durch ihren Bürgerwehrdienst verhindert werden, ihre Bureau-Stunden pünktlich inne zu halten. In die berüchtigten Conduiten-Listen wird, wie wir versichert sind, mit aufgenommen werden, ob der betreffende Beamte dem Royalismus, dem Absolutismus, dem Constitutionalismus anhängt oder ob er gar Republikaner ist. Doch zur Sache! Ist es keine Blamage, wenn man heute Befehle giebt, die man schon morgen wieder zurücknimmt? Ministerien, denen ganz Geheime Raths-Collegien zur Seite stehen, die dem Staate so viel Geld kosten, sollten nicht wie Kinder sein, die alle Augenblicke etwas Anderes wollen. Dergleichen Widersprüche schaden dem Ansehen des Ministeriums mehr als alle Anfeindungen und untergraben das Vertrauen zu der Fähigkeit desselben. Vertrauen erweckt Vertrauen und Mißtrauen erzeugt Mißtrauen. Oder heißt es etwa dem guten Sinne einer Bürgerschaft Vertrauen schenken, wenn in der möglichsten Stille Gewaltmaßregeln vorbereitet werden, die man nachher in Abrede stellt. Widersprechen heißt noch nicht widerlegen. Fürchtet man einen zweiten achtzehnten März? Das würde von dem Bewußtsein zeugen, daß man die Rechte der Nation eben so wenig geachtet habe, wie die gefallenen Minister. Und dann würden alle Gewaltmaßregeln nicht hinreichen, die Achtung der Nation zu erobern. — Wenn die reactionäre Partei jetzt so feindlich der liberalen, welche nicht nur den Schatten einer Constitution, sondern die Constitution selber will, gegenübersteht: was anders

ist Schuld daran, als die Unentschiedenheit, das ewige Laviren, das Hin- und Herschwanken unseres Staats-Ministeriums. Das Ministerium zeige endlich einmal sein Inneres, es handle offen und ehrlich, wie es deutschen Männern geziemt. Es höre auf, ein Geheimes Staats-Ministerium zu sein und werde ein wahrhaftes Volks-Ministerium. Erst dann wird es Vertrauen verdienen und erhalten.

— Berlin. Der Minister des Innern hat unneulich in der Nationalversammlung mit der Eröffnung überrascht: daß das Arbeitsministerium bisher große Anstrengungen gemacht habe. — Der Preussische Staatsanzeiger hätte uns das doch auch wohl früher erzählen können, damit wir nicht so lange Zeit in dem Wahne zu leben brauchten, daß das Ministerium der Arbeit gar nichts arbeite. Es hat nun zwar auch in der That nichts Sichtbares gethan, allein es hat doch wenigstens Anstrengungen gemacht, etwas thun zu wollen. Es scheint sich also in dem Stadium seines Wirkens zu befinden, in welchem wir einen aus langem Schlafe erweckten Menschen sehen, wenn er Anstrengungen macht, um sich zu besinnen, wo er eigentlich ist.

— Berlin. Der Minister des Innern, Auerwald, hat den Vorwurf der Unthätigkeit, welchen man dem Ministerium Camphausen mit so vielem Rechte gemacht, damit zurückzuweisen versucht, daß er erklärte: wir haben fast allgemein Bürgerwehren errichtet! — Gott, welche Arbeit muß das gemacht haben. Es wird diese Schöpfung dem Ministerium am Ende gar so sauer geworden sein, wie Gott dem Herrn der zweite Schöpfungstag, da er sprach: „Es werde eine Bestie zwischen den Wassern!“ — und es ward eine Bestie. — Der ganze Unterschied zwischen dem Schöpfer der Welt und dem Schöpfer des preussischen Verfassungsentwurfs besteht darin: daß der erstere sechs Tage arbeitete und am siebenten ruhte, während das letztere sechs Tage ruhte und am siebenten — den Feiertag heiligte! — Das Product dieser Arbeit, der Verfassungsentwurf nämlich, kam inzwischen über Nacht von England durch Belgien in Berlin post- und zollfrei an.

### Locomotivfunken.

— Was würde wohl unsere jetzige Reactionspartei, die leider noch ganz das Staatsruder in Händen hat, thun, wenn Berlin jetzt ernstlich auf der Forderung bestehen sollte, aus der Volksbewaffnung eine Wahrheit zu machen? — Sollen wir uns ein wenig auf's Prophezeihen legen, und die Frage beantworten wie folgt?: — Dann würde sie zuletzt ihre Zuflucht zu einem Schein-Kriege mit Rußland nehmen. — Was könnte sie von diesem Schein-Kriege hoffen? — Antwort. Dreierlei: Erstens würde sie die vortrefflichste Gelegenheit erhalten, wieder populär zu werden. Sie würde ganz im Styl von 1813 einen Aufruf an alle Söhne des Vaterlandes erlassen, zu dessen Vertheidigung aufzustehen wie Ein Mann, Hohn und Schmach Jedem bietend, der daheim bleiben möchte. Dadurch würde sich ihr zugleich die unschätzbare Gelegenheit darbie-



ten, nicht nur alle vaterlandsliebenden unruhigen Köpfe in militairischen Fesseln dahin zu schicken, wohin es ihr beliebt, sondern auch die Heerde der Revolution, die Hauptstädte Berlin und Breslau, gründlich von ihren jetzigen Vertheidigern zu entblößen. — Zweitens: würde sie dadurch die künftige Bewaffnungsfrage vorläufig ganz beseitigen, indem sie sagen könnte, die Waffen sind zur Vertheidigung des Vaterlandes nothwendig, und wer sie führen will, der trete ein in's Heer. — Drittens: würde sie durch das Alles gar nicht gehindert werden, den Schein-Krieg sobald als möglich in den allerinnigsten Bund mit Rußland zu verwandeln, wovon die Beispiele zu deutlich vorliegen, und was gar keine Schwierigkeiten darbieten würde, sobald Berlin und Breslau entwaffnet und in russische Lager verwandelt wären. — Denn das Mißvergnügen in der Armee würde sich durch militairische Disciplin und russisches Uebergewicht, vor der Hand wenigstens, leicht niederhalten lassen. In der That aber könnten die Russen und die mit ihnen verbundenen Reactionsmänner in Preußen keine bessere Operationsplan-Basis für den Krieg mit Frankreich finden, als das ganze Odergebiet mit den vielen Festungen darin und im Rücken die russische Grenze. Nur auf diesem Wege kann die heilige Allianz hoffen, noch einmal wirklich der gesammten Revolution kampferüstet gegenüber zu stehen und das Glück der Waffen zu versuchen. — Soll denn aber das Volk ruhig zusehen, wenn der barbarische Feind aus Osten anrückt? — Gewiß nicht! — Aber es soll seine Kinder nicht unter den Befehl feindlich gesinnter Generale stellen, sondern jede Provinz, jede größere Stadt soll selbst auf ihre Vertheidigung bedacht sein und — wohlbedenkt! — ihre Führer selbst wählen! In's Feld aber soll die Krone das stehende Heer schicken, auf daß es sich ehrlich schlage gegen den Feind und so das Zutrauen des Volkes wieder gewinne.

— Die Herren der Ministerial-Bau-Commission erklären, nachdem sie die Brücken Berlins einer genauen Besichtigung unterworfen, daß sie nicht vernagelt seien, auch nicht vernagelt werden könnten. Wenn man zu dieser Untersuchung einige Volksvertrauensmänner herangezogen hätte, so würde diese Erklärung zur Beruhigung derjenigen dienen, welche sich gewissen Befürchtungen hingegeben haben.

— Taktik des Staats-Ministeriums. Dem Staats-Ministerium ist es wohl bekannt, daß der größte Theil der constituirenden National-Versammlung nichts mehr fürchtet, als den Rücktritt desselben. Diese Befürchtung hat nicht etwa ihren Grund darin, daß dieser Theil von der hohen Vortrefflichkeit des Ministeriums überzeugt wäre, sondern vielmehr in der steten Besorgniß, daß an die Stelle des reactionären Ministeriums ein im entgegengesetzten Sinne handelndes, wohl gar ein der Republik huldigendes treten könnte. Deshalb macht das Ministerium aus jeder Frage ein Vertrauens-Votum, eine Cabinetsfrage, und droht mit seinem Rücktritt, in der festen Ueberzeugung, durch diese Drohung das Ja der Deputirten zu erzwingen; fast wie die Kinder beim Spiele, die da sagen: „wenn Ihr nicht wollt, wie wir, so thun wir nicht mehr mit!“ — Möchten die De-

putirten bald einsehen, daß das Ministerium trotz seiner wiederholten Drohungen nichts weniger beabsichtigt, als sich aufzulösen, gerade wie diejenigen am längsten leben, welche ihrer Geliebten, im Falle der Nichterhörnung, beständig mit Selbstmord drohen. — Das Staats-Ministerium erkläre einmal, daß es unbedingt am Ruder bleiben werde, wenn auch die Abstimmung ein ungünstiges Resultat ergeben sollte, und es wird sich bald überzeugen, daß es nicht immer in der Majorität ist. — Dasselbe hat aus der Adressfrage eine Cabinetsfrage gemacht, so brachte es diese Frage durch. Sollte die Adresse eine dem Ministerium irgend wie entgegengesetzte Richtung annehmen, so wird schnell eine Cabinets-Frage daraus gemacht, und durch dieses Schreckensgespenst das Ja wort der constituirenden Versammlung erlangt werden.

### (Mittheilungen.)

— Die dem Herrn Anonymus von seinem Rutscher über die Landwehrversammlung, Sonntag den 28. v. Mts. angeblich gemachten Eröffnungen sind durchweg lügenhaft und zum allergrößten Theile rein aus der Luft gegriffen. Nur so viel ist wahr, daß ein Landwehr-Stubsofficier, in Veranlassung vielfacher Fragen von Landwehrmännern über ihr Verhalten für den Fall eines versuchten gewaltsamen Umsturzes der bestehenden Regierung und des Hervortretens anarchischer Zustände hier in Berlin, die Versammelten aufgefordert und beziehungsweise ihnen überlassen hat:

„sich nach Spandau zu begeben und dort ihre Bewaffnung zu gewärtigen, um dann gehörig organisirt, zur Unterstützung der Bürgerwehr bei Wiederherstellung der gesetzlichen Ordnung nach Berlin zurückzukehren.“

Dies war der wesentliche Sinn der Ansprache des Majors an die Landwehrmänner; — anders war sie nicht gemeint und nur so ist sie auch von allen Versammelten gedeutet worden. Dies wird, so hoffe ich, die eingeleitete Untersuchung auf das eklatanteste herausstellen, wenn gleich diese Untersuchung leider auch ergeben wird, daß unter den Landwehrmännern Versührte nach mancherlei Richtungen hin sich befinden.

S. Heinrich,

Landwehr-Unteroff., (Mittelstr. 64.)

(An die Schreier aus den Provinzen Brandenburg und Pommern.) Berlin hat von Gottes- und Rechtswegen die Verpflichtung, über die Errungenschaften der Revolution eifersüchtig zu wachen. Berlin hat also das Recht, die Consequenzen der Revolution zu ziehen, für dieselben zu wirken mit dem Wort, der Feder, ja, wenn es nothwendig, mit dem Schwerte. Habe ich mir einen Besitz errungen, so habe ich — Niemand weiter — das Recht, für meinen Besitz zu handeln. — Wird meine Errungenschaft auch für Andere zu einem Segen, so bleibt immer Dem, der sie erworben, das Recht, seinen Besitz zu erweitern oder zu verringern, wie er will: die Anderen müssen mich aber achtungsvoll gewähren lassen. — Berlin ist der Sitz der höchsten Intelligenz Preussens, nicht die Provinz. Mögen daher die Provinzialen ihrem Ganzen erlauben, für den Körper zu denken und zu sprechen. — Der Wahlpruch: „Mit Gott für König und Vaterland!“ schmeckt einmal sehr nach einer Zeit, in der die Dynastien Europa's mit ungewohnter Härlichkeit, weil Gefahr vor der Thür, sich an den beschränkten Unterthanenverstand mit dem bittenden Befehl wandten, doch für die Erhaltung — wie vorgeschoben wurde, des Vaterlandes — eigentlich der respectiven



Dynastien zu kämpfen. Wer obigen Wahlspruch jetzt noch in einem freien constitutionellen Staate in den Mund nehmen kann, zeigt, daß er noch ganz in jener vorhin angedeuteten Zeit der Schmach und der selbstfüchtigen Benützung fußt; beweist, daß er selbst das ABC des Constitutionalismus noch nicht kennt, stellt mit einem Worte heraus, — daß er ein gedankenloser Spießbürger ist. In einem constitutionellen Staate kann der Wahlspruch nur heißen: „Rein ganzes Ich dem Vaterlande“ oder „Alles für das Vaterland.“ Gott wollen wir aus dem Spiele lassen, weil auch der Baschkir mit Gott für's Vaterland fechten kann, und — wenn die Seelen zweier feindlichen Kämpfer, welche Beide mit Gott für's Vaterland gefochten haben, im Himmel ankommen — es dort einen wunderlichen Streit geben würde, da Beide mit Gott gefochten haben. Auch den König wollen wir weglassen, da ein constitutioneller König ein integrierender Theil der Constitution ist, als Glied derselben, als ein Rad in der großen Maschine des Staates dasteht, unter dem Gesetze wie der ärmste constitutionelle Bürger sich befindet und demnach keine besondere Beachtung in Anspruch nehmen kann. Aber den Mythos von der Erhabenheit eines Königs zu vergessen, dazu gehört freilich mehr Geist, als ein Philister besitzt. — Daher giebt man den Provinzialen den Rath, ihre Adressen lieber im Pulte zu lassen, da jedes neue Inserat bei uns Berliner ein homerisches Gelächter hervorrufft. Politische Kinder, die mit der Miene der Weisheit Nussknäuel schwagen, können nur Lachen erregen: einer Widerlegung sind sie nicht werth. — Die Behauptung: Gutbesitzer und Lagediebe, welche im Winter ihr Geld in Berlin verzehren, würden Berlin nicht mehr besuchen, ist ebenfalls lächerlich. Mögen sie bleiben wo sie sind. Berlin hat Quellen des Wohlstandes genug, um ein paar Hundert von Faulenzern zu entbehren. — Wir Berliner haben das Recht, unsere Minister zu überwachen, da sie durch den Willen des Volkes von Berlin ihre Stellen erhalten haben.

— Folgende Adresse an die Stadt Mainz ist in einer der letzten Sitzungen des demokratischen Clubbs, von 4000 Anwesenden durch Acclamation beschlossen worden und bereits nach ihrer Bestimmung abgegangen.

„Bürger von Mainz! Auch die Straßen Eurer Stadt hat jetzt die mordlustige Soldateska mit Eurem Blute bespritzt. Wie jüngst die Truppen Eures Landes im Dienste der Fürstengewalt das Blut eines edlen Bruderstammes — des Badischen Volkes — vergossen haben, so waren es diesmal in Eurer Stadt Söhne unseres, des preussischen Volkes, die, entmenscht durch das schenßliche System monarchischer Politik in Euren Reihen gemordet haben. — Mit Scham und Entrüstung haben wir Männer von Berlin es vernommen. Wir fühlen uns gedrungen, Euch diese unsere Gefühle kund zu geben. — Bald ist kein Ort mehr im deutschen Vaterlande, an dem die rothe Saat deutschen Volksbluts nicht gesäet ist. — Bürger von Mainz! Diese Saat wird aufgehen und reifen. Wenn aber das deutsche Volk Ernte hält, dann, so seid hiermit versichert, wird das Volk von Berlin nicht unter den Schnittern fehlen.

Berlin, 25. Mai 1848. Der demokratische Clubb.“

— (Neueste Censur.) Sie kennen vielleicht den zweiten Anlauf gegen die freie Presse — nach dem vom Herrn v. Minutoli fehlgeschlagenen ersten — noch nicht! Hören Sie! Unglaublich, aber wahr! — Es werden näm-

lich gewisse, höhern Orts mißliebige Flugschriften vom Criminalgericht mit Beschlag belegt, — so das kürzlich in der Vereins-Buchdruckerei (neue Kirchgasse 2) erschienene Pseudo-Extrablatt der berühmten Bossin, ebenso die eine Adresse an das Ministerium Camphausen. Will man daher etwas in Druck oder Verlag geben, wird man erst gefragt: Es wird doch nicht mit Beschlag belegt werden? — oder bei einer zweiten Auflage: Es ist doch nicht mit Beschlag belegt? — Dies wird zweifelsohne zu einer Petition der Buchhändler beim Ministerium führen müssen, gültigst eine Commission zu errichten, die die Drucksachen vorher prüft. Sie wird zwar nicht „Censur“ heißen, sondern: „Beschlagsnahmeveruntersuchungsanstalt,“ damit die Buchhändler wenigstens zeitig genug vor dem Verklagen gewarnt werden. Kräfte für die Commission werden sich genug finden.

Otto? John? Piper? —

Dr. R.  
D. Red.

(Singsaudt.)

— Als die Studenten einen Kahn mit Munition am Unterbaum anhielten, fragte ein Geheimrath, was sie zu dieser gottlosen Handlung treibe? Ein Student erwiderte: Bei der Gehirnentzündung der Geheimräthe, Finanzräthe, Bauräthe u. sei das Pulver zum Abführen gefährlich; sollte sich aber die Entzündung auf Hand und Bein verbreiten, so sei ein niederschlagendes Pulver nöthig, wofür die Studenten sorgen müßten.

Dr. L. Levyson

(Correspondenz.)

1) S. M. Ich wiederhole meine Bitte, da ich mich einer Verpflichtung gegen Sie zu entledigen habe. — 2) Allgemeine Correspondenz: Anonyme oder pseudonyme Mittheilungen können von jetzt ab unter keinen Umständen mehr berücksichtigt werden. Jedem Briefe muß Namen, Stand und Wohnung des Absenders beigelegt sein, die letztere auch um deswillen, um mich aus dem Wohnungsanzeiger überführen zu können, ob der angegebene Name ein richtiger ist.

D. Red.

(Freigericht.)

— Diejenigen, welche durch langjährigen Kamarschendienst im Militair sich Anspruch auf Civil-Versorgung erworben haben, werden von den betreffenden Staatsbehörden, bei denen sie sich um Anstellung bewerben, der Reihe nach notirt, um nach Maßgabe dieser Reihenfolge berücksichtigt zu werden. Bei der Mehrzahl vergeht ein Zeitraum von 8 bis 10 Jahren, ehe sie wirklich eine Anstellung erhalten, während Andere sogleich nach ihrem Austritt aus dem Militair auf Grund einer Empfehlung, die oftmals keinen ehrenwerthen Grund hat, zur Anstellung gelangen. Ein solches willkürliches Verfahren ist weder gesetzlich noch in der Ordnung und zeugt von dem unmoralischen Sinne einzelner Staatsbeamten. Wir werden in der Folge alle Fälle der Art, die uns bekannt werden, zur Kenntniß des Publikums bringen.

Abonnements-Bestellungen für Berlin bitten wir der Verlags-Handlung unfrankirt zuzusenden.

Verlag von **Rudolph Siebmann,**  
Friedrichstraße 18.

Schnelldruck von **Ferdinand Reichardt & Co.,**  
Spandauer Straße 19.